Information über den Besuch des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu Berlin Heinz Galinski beim Staatssekretär für Kirchenfragen Klaus Gysi

Die DDR praktizierte eine israelfeindliche Politik, doch parallel dazu bemühte sich die SED-Führung in den 80er Jahren, die Sympathien von Menschen jüdischen Glaubens im In- und Ausland zu gewinnen. Dafür griff die Regierung sogar in Bauprojekte ein. Nachdem der West-Berliner Vorsitzende der jüdischen Gemeinde, Heinz Galinski, darum bat, das Bauvorhaben einer Straße durch den jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee zu verhindern, ordnete die SED-Führung einen Baustopp an.

Ab Mitte der 80er Jahre widmete die SED-Führung den jüdischen Bürgerinnen und Bürgern in der DDR zunehmend fürsorgliche Aufmerksamkeit. Grund dafür waren handfeste wirtschaftliche und außenpolitische Interessen. Man wollte jüdische Lobbyisten in den Vereinigten Staaten als Fürsprecher gewinnen, um Vorteile im Außenhandel zu erhalten und die Beziehungen zu den USA zu verbessern. Die neue Akzentuierung zeigte sich unter anderem darin, dass ab 1985 auch jüdische Widerstandskämpfer und Opfer geehrt wurden.

Für den jüdischen Friedhof an der Herbert-Baum-Straße in Berlin-Weißensee griff die DDR-Führung direkt in die Ost-Berliner Verkehrsplanung ein. Über das Gelände sollte eine Straße gebaut werden. Im März 1983 notierte die Stasi erste Proteste dagegen, im September 1986 schrieb der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde West-Berlins, Heinz Galinski, in dieser Sache an Erich Honecker. Er bat darum, den Autobahnbau zu stoppen. Die SED-Führung ordnete den Baustopp an, um Galinskis Wohlwollen gegenüber der DDR-Führung zu gewinnen, so beschreibt es der Staatssekretär für Kirchenfragen, Klaus Gysi, in einer Information.

Signatur: BStU, MfS, VRD, Nr. 11143, Bl. 166-170

Metadaten

Datum: 10.9.1986 Überlieferungsform: Dokument

Information über den Besuch des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu Berlin Heinz Galinski beim Staatssekretär für Kirchenfragen Klaus Gysi

BSTU
0166

Jüdische Gemeinde zu Berlin
קהילה ברלין
Körperschaft des öffentlichen Rechts
Der Vorstand
Fasanenstr. 79/80 · 1000 Berlin 12 · Telefon 88 42 03 62/34
Telex 182998 jobin d

Berlin, den 10. September 1986
Vo/Ga/Hg

An den
Vorsitzenden des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
und
Generalssekretär der Sozialistischen
Einheitspartei Deutschlands
Herrn Erich Honecker
Marx-Engels-Platz

DDR 1080 Berlin

Sehr geehrter Herr Staatsratsvorsitzender !

Wenn ich heute Ihre Aufmerksamkeit auf einen besonderen Umstand lenken darf, so geschieht das im Namen vieler Mitglieder der ehemaligen Jüdischen Gemeinde Berlin, die in vielen Teilen der Welt leben, und natürlich auch im Namen derer, hier in Berlin. Diese Mitglieder haben sich mit der Bitte an mich gewandt, Ihnen, sehr geehrter Herr Staatsratsvorsitzender, ein dringendes Anliegen vorzutragen, weil es sich um ein Problem handelt, das verschiedene Generationen von jüdischen Familien in aller Welt betrifft.

Es ist uns bekannt geworden, daß von verkehrstechnischer Seite der Deutschen Demokratischen Republik daran gearbeitet wird, in Kürze mit dem Bau einer Autobahn zu beginnen, die den altwürdigen Friedhof in Berlin-Weissensee in große Mitleidenschaft ziehen würde.

Aus diesem Grunde darf ich mich daher an Sie, sehr geehrter Herr Staatsratsvorsitzender, direkt wenden, weil Eile geboten ist.

Der Jüdische Friedhof in Weissensee besteht jetzt 106 Jahre. Auf ihm befinden sich rd. 114.000 Gräber von verstorbenen jüdischen Bürgern Berlins u. a. auch viele KZ-Urnen, die in den Jahren der Verfolgung noch den damaligen Familienangehörigen per Post zugestellt wurden. Der Friedhof ist daher mehr als eine übliche Begräbnisstätte. Dieser Friedhof stellt ein Mahnmal dar und es ist

- 2 -

Signatur: BStU, MfS, VRD, Nr. 11143, Bl. 166-170

Blatt 166

Information über den Besuch des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu Berlin Heinz Galinski beim Staatssekretär für Kirchenfragen Klaus Gysi

JÜDISCHE GEMEINDE ZU BERLIN

Blatt 2

BSTU
0167

ein bedrückendes Gefühl, zur Kenntnis nehmen zu müssen, daß eine Autostraße durch ihn führen soll.

Ein weiteres, vielleicht noch wichtigeres Argument bewog mich, mich persönlich an Sie, sehr geehrter Herr Staatsratsvorsitzender, zu wenden und um Ihre persönliche Intervention zu bitten.

In der Zeit ab Februar 1943, als fast die gesamte jüdische Bevölkerung bereits in die Todeslager deportiert war, gab es noch wenige Juden in Berlin. Auf dem Friedhof fanden regelmäßig Beerdigungen statt. Verantwortlich war der spätere Landesrabbiner Dr. h. c. Martin Riesenburger, der etwas einmaliges geleistet hat, und dessen Arbeit, die mit großem Risiko verbunden war, niemals in Vergessenheit geraten darf. Dr. h. c. Riesenburger hat sich bis zuletzt um diese Menschen gekümmert und Ihnen Beistand bewährt bis zu ihrem Tod und hat selbst an den Bestattungen mitgewirkt. In Berlin lebten damals mehr als 1.200 Personen illegal, die von der Gestapo gejagt wurden. Wir wissen, welche Gefahr Menschen auf sich nahmen, diesem Personenkreis Zuflucht zu gewähren. Eine große Anzahl dieser Menschen verstarb und wurde dann heimlich, auch unter großem Risiko, zum jüdischen Friedhof gebracht und dort beigesetzt. Diese Todesfälle durften nicht gemeldet werden. Wer wie Sie, sehr geehrter Herr Staatsratsvorsitzender, auch die damalige Situation der Verfolgten des unmenschlichen Regimes kennt, kann ermessen, welche Gefahren Dr. Riesenburger und seine wenigen Mitarbeiter auf sich nahmen. Wie bereits erwähnt, fanden diese Beisetzungen heimlich und nachts statt und zwar auf dem Gelände, das jetzt als Straßentrasse vorgesehen ist. Dies war der einzige Ort, der nicht kontrolliert wurde. Die vielen Gräber wurden nicht besonders gekennzeichnet und niemand wußte daher, ob und wieviele jüdische Menschen dort bestattet wurden.

Nun soll über diese Felder eine Straße gebaut werden. Das würde bedeuten, diese Ruhestätten, die vielleicht einmalig in der Geschichte der Verfolgung errichtet wurden, zu zerstören. Unser Anliegen ist es, Sie, sehr geehrter Herr Staatsratsvorsitzender, zu bitten, dies nach Möglichkeit verhindern zu wollen.

Sie werden auch die Unruhe vieler Menschen verstehen, die diese Sorge mit uns teilen. Ich weiß, daß gerade Sie, auch als ein ehemals Verfolgter des Naziregimes, dafür ein besonderes Verständnis aufbringen werden. Falls weitere Auskünfte gewünscht werden, so stehe ich auch zu einer persönlichen Unterredung zur Verfügung.

Als Überlebender von Auschwitz bitte ich Sie, sehr geehrter Herr Staatsratsvorsitzender, um eine wohlwollende Entscheidung dieses für uns so wichtigen Anliegens. Unzählige jüdische Menschen in aller Welt werden Ihnen dafür in besonderer Dankbarkeit verbunden sein.

Mit dem Ausdruck auch meiner besonderen Dankbarkeit

Ihr

Heinz Galinski

Signatur: BStU, MfS, VRD, Nr. 11143, Bl. 166-170

Blatt 167

Information über den Besuch des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu Berlin Heinz Galinski beim Staatssekretär für Kirchenfragen Klaus Gysi

BSTU
0168

Berlin, 25. September 1986

I n f o r m a t i o n
zum Besuch von Herrn Heinz Galinski, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde von Berlin (West), am 25. 9. 1986 beim Staatssekretär für Kirchenfragen

Gemäß dem mir übermittelten Auftrag habe ich Herrn Galinski am 25. 9. 1986 empfangen. Ich habe ihm im Auftrag des Vorsitzenden des Staatsrates, Genossen Erich Honecker, in der vorgegebenen Art und Diktion für sein Schreiben gedankt und über den Beschluß zur nicht mehr vorgesehenen Trasse durch den Jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee informiert.

Galinski zeigte sich mehr als berührt von dieser Mitteilung, die ihn überraschte. Er blieb 1 1/2 Stunden. Wir haben über viele Fragen gesprochen. Ich habe den Eindruck, daß er seine frühere Haltung uns gegenüber stark korrigiert hat. Seine Haltung war nach der Teilung Berlins uns gegenüber aggressiv ablehnend. Jetzt ist davon nur noch wenig festzustellen. Offensichtlich ist das vor allem eine Folge der Entwicklung in der BRD und in Berlin (West). Er äußerte sich sehr scharf über das Wiederaufleben antisemitischer Tendenzen und ebenso scharf gegen das in der BRD "weitest verbreitete Beiseiteschieben der Nazi-Vergangenheit und nicht vorhandene Bereitschaft, Konsequenzen aus dieser Vergangenheit zu ziehen". Er habe eine solche Rückkehr zu den alten Verhältnissen ebensowenig für möglich gehalten, wie daß er sich 1986 in Berlin (West) nur mit persönlichen Begleitern vom Staatsschutz bewegen könne.

Galinski wünscht sich, öfter bei uns eingeladen zu werden, um zu sehen, wie wir die antifaschistische Tradition auch in bezug auf unsere jüdischen Mitbürger bewahren.
Man konnte den Eindruck haben, daß er uns in vielem näher steht als der BRD, ohne unsere prinzipiellen Standpunkte zu teilen.
Er wünscht sich viel mehr Kontakt mit der DDR, vor allem auch die Möglichkeit, eine gemeinsame antifaschistische Tradition bei internationalen und anderen öffentlichen Anlässen (50. Jahrestag Pogromnacht) zu demonstrieren.

Signatur: BStU, MfS, VRD, Nr. 11143, Bl. 166-170

Blatt 168

Information über den Besuch des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu Berlin Heinz Galinski beim Staatssekretär für Kirchenfragen Klaus Gysi

BSTU
0169 2

Galinski beauftragte mich, dem Vorsitzenden des Staatsrates seinen großen Dank und seine herzlichen Grüße zu übermitteln mit der Hoffnung, ihm in Zukunft bei irgendeiner Gelegenheit das persönlich sagen zu können.
Seine tiefe emotionale Reaktion war echt.

Er bat sehr um eine kurze Protokollmeldung über seinen Besuch bei mir durch ADN, da es sowieso kein Geheimnis geblieben sei, daß er zu uns herübergefahren ist. Er wünschte sich dafür ausdrücklich die Formulierungen: "gemeinsame antifaschistische Überzeugung und Tradition" und "Übereinstimmung in allen besprochenen aktuellen Fragen".
Ich lege 2 Entwürfe bei und bin für den kürzeren.

Klaus Gysi

Signatur: BStU, MfS, VRD, Nr. 11143, Bl. 166-170

Blatt 169

Information über den Besuch des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu Berlin Heinz Galinski beim Staatssekretär für Kirchenfragen Klaus Gysi

BSTU
0170

Pressemitteilung für ADN

Der Staatssekretär für Kirchenfragen, Klaus Gysi, empfing den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde von Berlin (West), Heinz Galinski.

In dem Gespräch wurden auf der Grundlage gemeinsamer antifaschistischer Traditionen und Überzeugungen sowie der Verpflichtung sie zu bewahren und den folgenden Generationen weiterzugeben, wie die DDR es sich zur Aufgabe gemacht hat, beiderseitig interessierende aktuelle Fragen behandelt und große Übereinstimmung festgestellt.

Pressemitteilung für ADN

Der Staatssekretär für Kirchenfragen, Klaus Gysi, empfing den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde von Berlin (West), Heinz Galinski.

In dem Gespräch wurden auf der Grundlage gemeinsamer antifaschistischer Traditionen und Überzeugungen sowie der Verpflichtung sie zu bewahren und den folgenden Generationen weiterzugeben beiderseitig interessierende aktuelle Fragen behandelt und große Übereinstimmung festgestellt.

Signatur: BStU, MfS, VRD, Nr. 11143, Bl. 166-170

Blatt 170